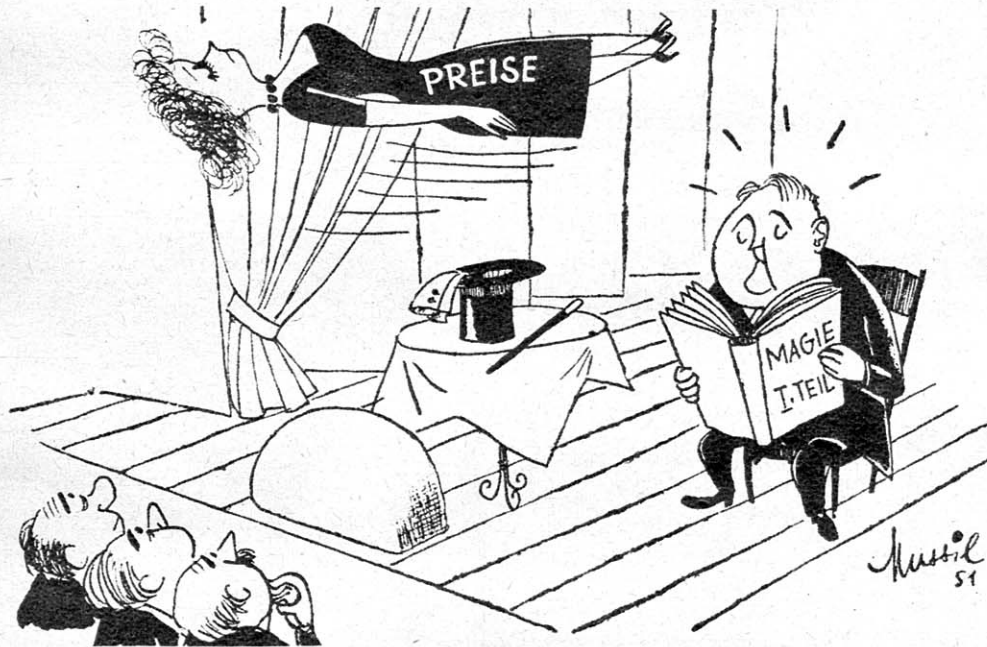


Drei Jahre auf dem falschen Weg

Richtig gesehen

In diesen Tagen haben wir die beiden Aufwärts-Jahrgänge 1949 und 1950 durchgesehen und nochmals nachgelesen, was wir im Laufe dieser Zeit zur Wirtschaftspolitik des Bundeswirtschaftsministers Prof. Erhard geschrieben haben. Wir können sagen, daß wir keine Zeile zurückzunehmen brauchen und die Entwicklung durchaus richtig gesehen haben, denn jetzt ist der Minister an dem Punkt angekommen, wo er seine Politik gescheitert sieht, und er muß zur Verhütung einer Wirtschaftskatastrophe Maßnahmen vorschlagen, die nach gewerkschaftlicher Auffassung am Anfang seiner Tätigkeit hätten stehen müssen. Zwar unterscheiden sich die gewerkschaftlichen Vorschläge in ihrer Umfassendheit und Grundsätzlichkeit von denen des Ministers, der heute nicht mehr darum herkommt, Teile davon anwenden zu wollen.



Die „schwebende Jungfrau“

Prof. Erhard: „Wenn ich nur wüßte, wie ich sie wieder runter bekomme.“

Zeichnung: Mussil

Drei Jahre steuert dieser Mann die deutsche Wirtschaftspolitik, und während seiner Amtszeit hat sich eine kleine Oberschicht mit Kapital und Gütern erheblich bereichert, während die breite Masse täglich ärmer wurde.

Von Anfang erlebt

Wir alle haben es seit den Monaten nach der Währungsreform miterlebt, wie komfortable Geschäftshäuser, Kinos, Bars, Privathäuser wie Pilze aus der Erde schossen, wie ein kleiner Teil des Volkes in Luxus und Eleganz schwelgte und wie ein Teil der Industrie auf Grund der riesigen Gewinne innerhalb kurzer Zeit in der Lage war, ihre Fabriken auf das modernste neu aufzubauen, während die Grundstoffindustrien Kohle, Stahl und Eisen nicht über die nötigen Geldmittel zur Modernisierung und zum Wiederaufbau ihrer Betriebsstätten verfügten.

Die Bereicherung eines Teiles der deutschen Wirtschaft konnte nur erfolgen, indem man den konsumnahen Industrien und dem Handel die Preise freigab, die, den großen Bedarf des Volkes ausnutzend, die Preise laufend steigen ließen, so daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten in ihrer Beunruhigung jeden freien Groschen zum Kauf verwendeten, daß der Artikel, der in dieser

Woche 18 Mark kostete, in der nächsten Woche schon um 50 Pfennig oder 1 Mark teurer war.

Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht, daß für die hohen Einkommen eine erhebliche Steuersenkung erfolgte und fügen wir als kleines Beispiel hinzu, daß in einem kontrollierten Zeitraum in Nordrhein-Westfalen von 41 000 zugelassenen Personenkraftwagen allein 29 000 auf den Handel entfielen.

Das Volk soll Opfer bringen

Nun, da die Steuerkunst des Ministers versagt und seine Politik in den wirtschaftlichen Wirrwarr geführt hat, soll das arbeitende Volk die Last und die Kosten für den Schiffbruch des Ministers zahlen. Der Riemen soll enger geschnallt werden, und die breite Masse soll erheblichen Einschränkungen unterworfen werden. Der Minister will

die Folgen seiner Politik auf die Verbraucherschaft abschieben, die Kreise also, die überhaupt nicht in der Lage waren, den für sie unbedingt notwendigen Verbrauch zu entwickeln, da der Durchschnitt ihres Einkommens weit unter dem Notwendigen liegt.

Was sagen die Gewerkschaften?

Um die gefährlichen Engpässe in der Produktivität der Grundstoffindustrien und in der Energiewirtschaft zu beseitigen und um wirksame Wege zur Vollbeschäftigung zu finden, zur Belebung des sozialen Wohnungsbaues und um die Durchführung aller entscheidenden Investitionsaufgaben zu ermöglichen, schlägt der DGB in seinem Wirtschaftsprogramm eine Investitionslenkung für zwei Jahre vor. Hierzu sollen die Abschöpfungen und Gewinne der gewerblichen Wirtschaft in ein festes Investitionsprogramm gelenkt werden.

Zum Ausgleich der Außenhandelsbilanz sieht der Vorschlag der Gewerkschaften importbeschränkende Maßnahmen, vor allem für nicht lebensnotwendige Güter, sowie eine starke Exportförderung vor. Im Interesse der deutschen Außenwirtschaft und zur Produktionssicherung der Bundesrepublik wird eine umfassende Rohstofflenkung als notwendig angesehen.

Die Gewerkschaften fordern darüber hinaus klare preisgesetzliche Vorschriften, die eine wirksame Preisüberwachung und eine Beseitigung vielfach übersetzter Handelsspannen ermöglichen. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik wird stärker als bisher eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts erstreben. Im Zusammenwirken von Preis- und Lohnpolitik soll nach dem Wirtschaftsprogramm des DGB die Sicherung des Reallohnes erreicht werden. Die Gewerkschaften lehnen Konsumbeschränkungen und Zwangssparen in jeder Form ab. Der DGB hält auch die längst fällige Neuordnung der Renten, Unterstützungen und Pensionen nach den gleichen Gesichtspunkten für dringend notwendig.

Die gewerkschaftlichen Vorschläge befassen sich ferner eingehend mit allen Fragen des sozialen Wohnungsbaues, des Mietproblems, der Agrarpolitik, der öffentlichen Finanzen und Steuern und der Geld- und Kreditpolitik.

Muß der Minister gehen?

Wenn Maurer und Architekten Häuser ohne genaue Pläne bauen, so kann man sich ohne weiteres vorstellen, wie die Häuser ausschauen würden, und es ist vollständig klar, daß sich Maurer und Architekt einen anderen Beruf suchen müßten, sie wären zum Häuserbau nicht geeignet. Auch die Volkswirtschaft eines Landes kann ohne feste Pläne und Zielsetzungen nicht gestaltet werden. Während dreier Jahre ist das in Deutschland von dem verantwortlichen Mann versäumt worden. Muß sich nun ein Minister auch nach einem anderen Beruf umsehen, wenn er für seine Aufgabe ungeeignet ist? Ja, er muß abtreten.

Regierungen müssen den Mut aufbringen, sich von Ministern zu trennen, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Denn nur so kann das Vertrauen des Volkes zum Parlament gehoben werden.

H. T.

GEFAHR FÜR DIE MITBESTIMMUNG

Wenn nicht alles täuscht, wird die endgültige parlamentarische Regelung zur Frage einer Mitbestimmung in den Grundstoffindustrien bis nach Ostern zurückgestellt werden. Das ist eine herbe Enttäuschung für alle diejenigen, die geglaubt haben, daß die vor rund einem Monat getroffenen direkten Vereinbarungen der beiden Seiten in kürzester Zeit, so wie es vorgesehen war, auch durch das Parlament verabschiedet werden würden.

Es ist sehr fraglich, ob sich die Gewerkschaften damit abfinden werden, enttäuscht zu sein. In der nächsten Woche wird der Vorstand der IG Bergbau sich mit der neuen Lage befassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er dann wieder den Status als gegeben ansieht, der am Beginn der Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern noch zu Lebzeiten Hans Böcklers bestand. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß nun wieder aufgehoben oder wesentlich abgeschwächt werden könnte, was damals das Ergebnis zäher und langwieriger Verhandlungen gewesen ist.

A U F W Ä R T S

JUGENDZEITSCHRIFT DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Verlag: Bund-Verlag GmbH., Köln, Breite Straße 70

Telefon 7 91 88 und 7 92 88, Fernschreiber 038/562

Verlagsleitung: Georg Reuter

Schriftleitung: Hans Treppe

A U F W Ä R T S erscheint alle 14 Tage. Bestellung bei allen Jugendfunktionären und Postämtern. Bezugspreis durch die Post vierteljährlich 85 Pf. zuzüglich 18 Pf. Zustellgebühr. Unverlangt eingesandten Manuskripten muß Rückporto beigefügt werden.

Kupfertiefdruck: Kölner Pressedruck GmbH., Köln, Pressehaus, Breite Straße 70